



Anke Simon, MdL
Heike Scharfenberger, MdL
Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion

Anke Simon, MdL, Oberstraße 15a, 67065 Ludwigshafen
Heike Scharfenberger, MdL, Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen

Wahlkreisbüro:
67065 Ludwigshafen
Oberstraße 15a
Telefon (0621) 57251330
Telefax (0621) 57251320
wk-buero@anke-simon-spd.de

Wahlkreisbüro:
67059 Ludwigshafen
Maxstraße 65
Telefon 0177 4195 277
Heike.scharfenberger@spd.landtag.rlp.de

Aktuelle Infos aus der SPD-Landtagsfraktion

14.09.2015

Nochmals 30 Millionen Euro mehr für Flüchtlinge

Die rot-grüne Koalition in Rheinland-Pfalz wird der steigenden Zahl von Flüchtlingen, die zu uns kommen, gerecht. Die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, im Nachtragshaushalt 30 Millionen Euro zusätzlich zu veranschlagen. Den entsprechenden Antrag haben die Fraktionen heute in den Landtag eingebracht.

Zur Erhöhung der im Nachtragshaushalt 2015 für die Flüchtlingshilfe vorgesehenen Mittel erklärte unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer gemeinsam mit seinem GRÜNEN-Kollegen Daniel Köbler: „Die Unterbringung und Betreuung der hohen Zahl von Flüchtlingen ist eine humanitäre Verpflichtung, der wir nachkommen müssen, aber auch können. Sie stellt eine große Herausforderung für die staatlichen Behörden und die gesamte Gesellschaft dar, der wir uns alle stellen. Dies zeigen auch die 30 Millionen Euro, die wir nun zusätzlich zu den im Nachtragshaushalt schon eingeplanten 138 Millionen Euro für Flüchtlinge bereitstellen werden. Es ist erfreulich, dass die rot-grüne Koalition auf die humanitäre Krise in dieser Weise reagieren kann, ohne die Konsolidierung des Landeshaushaltes infrage zu stellen. Mit unserer Entscheidung reagieren wir auf die um 100 Prozent nach oben korrigierte Prognose der Bundesregierung über die Zahl der in Deutschland in diesem Jahr zu erwartenden Flüchtlinge. Wir brauchen das zusätzliche Geld, um den jetzt dringend notwendigen Ausbau der Erstaufnahmekapazitäten des Landes und die gesetzlich vorgesehene Unterstützung der Kommunen finanzieren zu können.“

Alexander Schweitzer machte deutlich: „Die rot-grüne Koalition – in enger Abstimmung mit unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer – beweist mit diesem Beschluss Handlungsfähigkeit. Die Linderung des Flüchtlingseleids und die Garantie einer rechtstaatlich einwandfreien Anwendung des Grundrechts auf Asyl stehen für die SPD-Fraktion außerhalb jeder Diskussion.“

15 Millionen Euro mehr für Breitbandausbau

15 Millionen Euro mehr für den Breitbandausbau: Die Regierungsfractionen haben am heutigen Freitag eine Änderung am Nachtragshaushalt 2015 in den Landtag eingebracht. Danach soll die erste Tranche aus den Erlösen der Frequenzversteigerungen (Digitale Dividende II) bereits in diesem Jahr zum Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen verwendet werden. Dazu erklärte unser medien- und netzpolitischer Sprecher Martin Haller:

„Der Ausbau der Netze in Rheinland-Pfalz schreitet kontinuierlich voran. Insgesamt erhält Rheinland-Pfalz 30 Millionen Euro aus den Versteigerungserlösen. Durch die rasche Bereitstellung der ersten Tranche können ausbauwillige Landkreise im Rahmen der NGA-Strategie des Landes „Breitbandnetze der nächsten Generation“ bereits 2015 von den Fördermitteln profitieren.“

Dem beharrlichen Wirken unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Bund ist es zu verdanken, dass die Erlöse aus der Digitalen Dividende II hälftig an Bund und Länder verteilt wurden. Anders als andere Bundesländer wird das Land Rheinland-Pfalz seinen Anteil vollständig in den Breitbandausbau investieren. Es unterstreicht damit die hohe Priorität von schnellem Internet für die Zukunft.

Seit 2011 hat die rot-grüne Landesregierung die Verfügbarkeit von Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s um mehr als ein Drittel auf 66 Prozent erhöht. 77 Prozent der Haushalte verfügen über Bandbreiten von mindestens 30 Mbit/s. Die Regionalkonferenz Breitbandausbau der Landesregierung und des Bundesverkehrsministeriums hat zuletzt gezeigt, dass die NGA-Strategie des Landes mit dem Fokus auf Regionalclustern und der konstruktiven und engen Zusammenarbeit mit den Kommunen den Breitbandausbau schnell und effektiv vorantreibt. Auch von Expertenseite erfährt die Landesregierung viel Lob für ihre Ausbaustrategie, wie eine Anhörung im Ausschuss für Medien und Netzpolitik im März dieses Jahres bestätigte.

Verkehrsetat soll aufgestockt werden

Anlässlich der Infrastruktur-Debatte im Innenausschuss erklärte unsere verkehrspolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Astrid Schmitt: "Dass Finanzierungslücken im Straßenbau bestehen, ist ein bundesweites Problem. Die rot-grüne Koalition hat auf diesen Engpass reagiert und die Baumittel in den vergangenen Jahren angehoben. Für den Haushalt 2016 ist geplant: Der Etat wird nochmal aufgestockt. Beim Landesbetrieb Mobilität (LBM) sollen überdies mehr Ingenieurstellen finanziert werden, damit der LBM die anstehenden Aufgaben personell bewältigen kann.“

Die Herausforderung in Rheinland-Pfalz ist groß: Viele Straßen sind aus den 1960er und 1970er Jahren, im Land gibt es eins der dichtesten Straßennetze in Deutschland. Begrüßenswert ist deshalb, dass Rheinland-Pfalz aktuell vom Bund 293 Millionen Euro für den Straßenbau erhält.

Die Unterstellung der CDU-Fraktion, die Landesregierung plane den Verfall der Infrastruktur, hält Schmitt für „völlig abstrus“. "Sie hat sich offensichtlich aus wahlkampf-taktischen Gründen zu solchen Äußerungen hinreißen lassen. Damit verliert die CDU

jedes Maß an Verhältnismäßigkeit und Glaubwürdigkeit. Wer mehr Geld für Straßen ausgeben will, muss in Zeiten der Schuldenbremse auch sagen, an welchen Stellen die zusätzlichen Beträge eingespart werden sollen. Die CDU-Fraktion verweigert sich hierbei jedweder Aussage. Bis heute ist von ihr kein ernstzunehmender Antrag im Parlament zur Finanzierung gestellt worden."

Viele Neueinstellungen zum Schuljahresbeginn

Zum Schuljahresstart erklärte unsere bildungspolitische Sprecherin, Bettina Brück: „Dass 1200 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, ist in Zeiten der Schuldenbremse nicht selbstverständlich. Es zeigt, dass die rot-grüne Landesregierung einen klaren Schwerpunkt auf die Bildungspolitik legt. Erfreulich ist auch, dass fast die Hälfte der neu eingestellten Personen ehemalige Vertretungslehrer sind und dass der Vertretungspool zum neuen Schuljahr von 500 auf 800 Vollzeitstellen anwächst.“

Zum gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern (Inklusion) erklärte Brück: „Mit nun 277 Schwerpunktschulen und 12 Förder- und Beratungszentren steht Rheinland-Pfalz gut da und wird dem steigenden Bedarf nach inklusivem Unterricht und Beratung in Inklusionsfragen gerecht.“

Nicht nur bei dieser Entwicklung wird deutlich: Im SPD-geführten Rheinland-Pfalz wird Bildungspolitik umsichtig angegangen. Ziel ist und bleibt, dass alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen und eine qualitativ hochwertige Ausbildung erhalten. Dies gilt auch für die vielen Flüchtlingskinder, die zu uns nach Rheinland-Pfalz kommen. Wichtig ist hier, dass zum einen die Flüchtlingskinder intensiv Deutsch lernen und zum anderen in einigen Fächern gemeinsam mit gleichaltrigen Kindern aus Deutschland lernen. Die SPD-Fraktion begrüßt deshalb, dass unsere Bildungsministerin Vera Reiß dafür gesorgt hat, dass die Zahl der Deutsch-Intensivkurse von 151 auf 235 steigt und die Flüchtlingskinder gleichzeitig in regulären Klassen integriert werden. Spracherfolge stellen sich auf diese Weise am schnellsten ein. Falsch ist dagegen die von der CDU-Fraktion favorisierte Separierung: Es ist weder im Sinne des Spracherwerbs noch im Sinne der Integration in Deutschland, wenn Flüchtlingskinder nur unter sich sind, das bestätigen auch Integrationsexperten. Das CDU-Konzept hat sich überlebt.

Transparenzgesetz als Demokratie-Motor

„Mit dem geplanten Transparenzgesetz wird Rheinland-Pfalz als erstes deutsches Flächenland einen Kulturwandel in der Verwaltung vollziehen“, erklärte unser zuständiger Abgeordneter und Obmann der Enquete-Kommission "Bürgerbeteiligung", Martin Haller, anlässlich der Landtagsanhörung im Innenausschuss. „Die Experten haben eine einhellige Position vertreten: Gerade die aktive Veröffentlichungspflicht auf der frei zugänglichen Transparenz-Plattform ist ein großer Mehrwert für die Zivilgesellschaft und die demokratische Kultur. Mit dem Gesetz wird die gesellschaftliche Mitbeteiligung steigen, das Gesetz kann sich als Demokratie-Motor entpuppen.“ Das geplante Gesetz ist bundesweit beispielhaft. Dass es daher noch in wenigen Detailfragen Abstimmungs- und Klärungsbedarf gibt, ist nicht verwunderlich. Als „kleinkariert“ bezeichnete Haller die grundsätzliche Dagegen-Position der Opposition, die ausschließlich auf Kosten verweise. Der bundesweit angesehene Verfassungsrechtler Friedrich Schoch legte im Ausschuss sehr deutlich dar: Die CDU-Haltung sei

schlichtweg fortschrittsfeindlich. Der angestoßene Kulturwandel könne und werde sich lohnen.

Mehr Schutz gegen Einbrüche notwendig

"Dass in Deutschland mehr gegen Einbruchdiebstähle gemacht werden sollte, sind sich Regierungskoalition und Opposition einig. Wie die heutige Auswertung der Expertenanhörung zu Polizei- und Sicherheitsthemen aber gezeigt hat, ist die CDU-Fraktion offensichtlich beratungsresistent“, erklärte unser polizeipolitischer Sprecher Wolfgang Schwarz. So hätten sich beispielsweise viele Fachleute gegen Steuererleichterungen für Einbruchsicherungen ausgesprochen, für die CDU-Fraktion seien diese aber der Stein der Weisheit.

Für viel sinnvoller hält Schwarz dagegen das KfW-Förderprogramm des Bundes, mit dem Mittel zur Einbruchsprävention bereitgestellt werden. „Dieses kommt direkt unterschiedlichen Bevölkerungs- und Einkommensgruppen zugute, Steuererleichterungen helfen nur Gutverdienern. Erfolgsversprechend ist überdies ein Mix aus Prävention und Verfolgungsdruck, wie ihn die Landesregierung verfolgt.“

Schwarz betonte, dass der von der CDU-Fraktion geforderte Straftatbestand zur Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ein Placebo ist, wenn, wie die CDU weismachen möchte, es allein das Problem lösen soll. „Rechtswissenschaftler, Kriminologen und Psychologen sind sich einig, dass ein solcher Tatbestand das Problem nicht lösen würde. Zielführender ist stattdessen: Den bestehenden Strafraumen richtig nutzen, die gesellschaftlichen Ursache bekämpfen, die der Nährboden für Attacken bilden.“

Auf den Spuren der Polizei

Rund 9250 Polizeibeamte sorgen für die Sicherheit der Menschen in Rheinland-Pfalz. Vom vielseitigen Arbeitsalltag der Gesetzeshüter konnten sich die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion in den Sommerwochen in den Polizeidienststellen vor Ort ein Bild machen. Beim Schichtdienst auf der Wache oder bei Einsatzfahrten in den Regionen schauten sie den Beamten über die Schulter und sammelten viele Erfahrungen und Eindrücke.

„Es ging darum, den Polizeialltag hautnah zu erleben. Die Abgeordneten haben viele tolle Leistungen erlebt, ihnen sind aber auch Widrigkeiten vor Augen geführt worden. Beeindruckend war die Professionalität, die die Polizeibeamten auch in heiklen Situationen an den Tag legen. Die Besuche waren auch der Ort, um den Gesetzeshütern zu danken. Wir als SPD-Fraktion sammeln nun all die Erfahrungen und prüfen, wie der Polizeialltag weiter zu verbessern ist“, so unser polizeipolitischer Sprecher Wolfgang Schwarz.

Der SPD-Fraktion ist die Sicherheit im Lande ein zentrales Anliegen. Unser Innenminister Roger Lewentz hat, unterstützt von den Regierungsfractionen, Anfang des Jahres ein umfangreiches Maßnahmenbündel zur Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei umgesetzt, die Einstellungszahlen wurden etwa von 475 auf 500 erhöht. Aktuelles Thema ist die Einführung eines umfassenden Gesundheitsmanagements für die Polizei. Es wird etwa geprüft, die Heilfürsorge auf

alle Sparten des Polizeidiensts auszuweiten oder ein Institut für Polizeigesundheit zu gründen.

Die Palette der Polizei-Tätigkeiten reicht von der Verkehrssicherung über den täglichen Streifendienst bis zur Verfolgung von schwersten Verbrechen im Bereich der Gewalt-, Drogen- oder Sexualstraftaten. Der Polizeidienst, häufig Schichtdienst, ist mit psychischen und körperlichen Belastungen verbunden. Wie erfolgreich die Beamtinnen und Beamten sind, lässt sich an der polizeilichen Kriminalstatistik ablesen: Für 2014 verzeichnete das Land wieder einen Rückgang der Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugend- und Gewaltkriminalität. Zudem konnte die Aufklärungsquote erneut auf ein sehr hohes Niveau – zum 10. Mal in Folge auf über 60 Prozent – gesteigert werden.

Wir wünschen Euch eine erfolgreiche Woche.

Gruß Heike und Anke